

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896**

74 (27.3.1896) I. Blatt

**Ausgabe:**  
Wöchentlich zwölf Mal.  
Abonnementpreis:  
Stetigjährlich:  
in Karlsruhe durch einen Agenten bezogen: 2 Mark 50 Pf.,  
in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf.,  
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorauszahlung.

# Badische Landeszeitung.

**Verleger:**  
Die Spaltige Kolonialzeitung  
oder deren Raum 20 Pf.,  
im Klammerteile 60 Pf.  
**Bemerkungen:**  
Unbenützte gebundene Einlagen  
werden nicht aufbewahrt  
und können nachträgliche  
Donator-Ansprüche keine  
Berücksichtigung finden.

Nr. 74. I. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 27. März.

1896.

## Bestellungen

auf die „Badische Landeszeitung“ für das am 1. April beginnende

### II. Quartal 1896

nehmen jetzt schon alle Postanstalten, sowie in Karlsruhe unsere Agenturen und Trägerinnen entgegen.

Der Abonnementpreis für 3 Monate beträgt: durch die Post bezogen, ohne Zustellgebühr, 2 M. 50 Pf., in Karlsruhe durch unsere Trägerinnen ins Haus gebracht 2 M. 80 Pf., bei einer Agentur abgeholt 2 M. 50 Pf.

Neu hinzutretende hiesige Abonnenten erhalten die Zeitung bis 1. April gratis geliefert.

Expedition der Bad. Landeszeitung.

## Antliche Nachrichten.

Dr. R. H. der Großherzog haben unter dem 1. März d. J. den Professor Dr. Paul Friedrich Ammann am Gymnasium zu Mannheim auf sein unterrichtliches Amt aus dem staatlichen Dienste entlassen.

Dr. R. H. der Großherzog haben unter dem 6. März d. J. dem Königl. bayerischen Offizial v. Wäcker bei der Dampfmaschinenverwaltung in Ludau das Ritterkreuz 2. Klasse höchstehendes Ordens vom Jahrgang 1870 verliehen.

Dr. R. H. der Großherzog haben unter dem 11. d. M. den Prof. Dr. Hermann Klose am Gymnasium in Loth in gleicher Eigenschaft an die Realschule in Freiburg versetzt.

Dr. R. H. der Großherzog haben unter dem 21. März d. J. dem zweiten Vizepräsidenten des bad. Militärvereinsverbandes, Major J. D. Heinrich Blatz in Karlsruhe, das Kommandeurkreuz 2. Klasse höchstehendes Ordens vom Jahrgang 1870 verliehen.

Dr. R. H. der Großherzog haben dem Architekten Karl Hoffacker in Charlottenburg die unterthänigste Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Sr. M. dem König von Württemberg verliehenen Königl. Württemb. Olga-Ordens erteilt.

## Tagesübersicht.

Karlsruhe, 26. März.

Die vom geschäftsführenden Ausschusse des hannoverschen Provinzial-Wahlkomites der nationalliberalen Partei herausgegebene „Nationalliberale Korrespondenz“ für die Provinz Hannover schreibt: Die in Hannover erscheinende Zeitung „Neueste Nachrichten“ bekämpft in gehässiger Weise die Vertreter und die Presse der nationalliberalen Partei, die nicht für alle Forderungen des Bundes der Landwirte eintreten. Die nationalliberale Partei läßt ihren Angehörigen in wirtschaftlichen Dingen freie Hand. Daß und welche Grenzen diese Freiheit wie jede andere haben muß, wollen wir hier nicht untersuchen. Jedenfalls aber ist es im Interesse der Partei Pflicht jedes Blattes, das Anspruch auf Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei erhebt, daß es seine besonderen wirtschaftlichen Ansichten nicht in einer Weise vertritt, die das Ansehen der Partei schädigen und Verwirrung und Bitterkeit hervorrufen muß. Jenseits der Grenze jener „Freiheit in wirtschaftlichen Dingen“ liegt es jedenfalls, wenn ein nationalliberales Blatt, wie es die „Neuesten Nachrichten“ (1896 Nr. 40) thun, erklärt, die nationalliberalen Kandidaten nur unterliegen zu können, wenn sie sich auf das Programm des Bundes der Landwirte verpflichten, daß es sich aber die Parteileitung gefallen lassen müsse, daß der Kandidat des Bundes der Landwirte die Vorhand hat, wenn der nationalliberale Kandidat sich weigert, das Bundesprogramm anzuerkennen. Es muß eben jeden ephemer Nationalliberalen mit Unwillen erfüllen, wenn ein Blatt, das unter nationalliberaler Flagge zu segeln versucht, keinen Anstand nimmt, sich in gehässiger Weise auch gegen den verehrten Führer einer Partei zu wenden, wie die „Neuesten Nachrichten“ gethan, wenn sie höhnisch von der „illuminanten Rede“ des Herrn v. Bennigsen gegen den Antrag Knapp sprechen (Nr. 29) oder Artikel Aufnahme gewähren, die ihn als den „großen Hannoveraner“ beschimpfen und mit Bezug auf ihn die „wirtschaftliche Kurzsichtigkeit“ in der Partei-mäßigender Elemente verhöhnen.

## „Mäher.“

(42)

Roman von Reinhold Ortman.

### Zwölftes Kapitel.

„Lassen Sie mich ohne Umstände wissen, wenn ich Ihnen ungeliegt komme“, sagte Werner Amelung, der trotz der Aufforderung in der offenen Thür stehen geblieben war, ohne näher zu treten. „Ich kann meinen Besuch recht wohl auch zu einer anderen Zeit wiederholen.“

Doch der Maler war bößlich genug, ihm zu verbergen, wie vollständig seine Vermutung der Wahrheit entsprach.

„Meine Kenner mit diesem Herrn war obendies zu Ende“, erklärte er. „Gestatten Sie mir nur, ihn vollends abzufertigen.“

Und indem er den verlegen dastehenden Mann auf die Schulter schlug, sagte er:

„Wählen Sie noch ein wenig in den Tiefen Ihres ausgezeichneten Gedächtnisses, mein sehr verehrter Herr Schütte, und merken Sie sich gewissenhaft alles, was da in Bezug auf jene entlegenen Zeiten etwa noch zutage kommt. Ich gedente demnächst einmal nach der kranken Frau Behnke zu sehen, und bei der Gelegenheit Kopie ich vielleicht auch an Ihre Thür. Es wird mir Vergnügen machen, noch weiter von Ihren alten Erinnerungen mit Ihnen zu plaudern.“

Wenn der wacker. Hauseigentümer aus dem Speisgange durch das Benehmen und die Worte des Malers eben noch einigermaßen benommen worden war, so reichte doch Rolfs wiedergeteilte Freundlichkeit vollständig hin, sein Unbehagen zu befeigen.

„Es wird mir eine Ehre sein, Herr Harde!“ versicherte er. „Ich bin man bloß ein ganz einfacher Mann; aber eine gute Flasche Rotwein und eine feine Cigarre — denn, wissen Sie, was mein Schwager ist, der Fettwarenagent Krohn —“

Harde schob ihn mit sanfter doch unwiderstehlicher Gewalt nach der Thür.

„Auch von Ihrem Schwager werden wir sprechen und von

(Nr. 51). Eine solche feindselige Haltung, für die wir noch eine ganze Reihe von Belegstellen anführen könnten, kann aus dem Grunde leicht verwirrend und schädigend wirken, weil die „Neuesten Nachrichten“ mit dem Anspruch auftreten, ein nationalliberales Blatt zu sein. Wir sind deshalb seitens der Zeitung der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover zu der Erklärung ermächtigt, daß nach Ansicht der Parteileitung die „Neuesten Nachrichten“ sich den Zielen und Anschauungen der nationalliberalen Partei gemäß nicht verhalten. Unsere Partei wird nach wie vor mit Nachdruck für die Interessen der Landwirtschaft und des gesamten Mittelstandes eintreten, sie muß sich aber entschieden das Recht wahren, falsche Freunde auf das Bestimmteste zurückzuweisen, die unter dem Vorwande, jene Interessen in besonderem Maße zu vertreten, in den Reihen der Partei verbleiben und zersetzend wirken. Die nationalliberale Partei hat den Zusammenschluß der Landwirte zu einem Bunde behufs Förderung ihrer Angelegenheiten nicht bekämpft und die Zugehörigkeit zum B. d. L. ist deshalb auch vereinbar mit der Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei. Was unsere Partei aber auch im Interesse des öffentlichen Friedens, des Zusammenschlusses aller staatserbaltenden Elemente und des Wohles des deutschen Mittelstandes aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen auf das Entschiedenste ablehnt, das ist eine vererbende Kampfmethode, wie sie in unseren Tagen an manchen Stellen erscheint, an denen man es nicht erwarten sollte. Wenn ein Blatt, wie das genannte, sich in einer derartigen Methode rücksichtsloser Agitation gefällt, so entfernt es sich weit von den Grundgeden, die die nationalliberale Partei immer hochgehalten hat und auch jener hochgehalten wird.“ Es deckt sich diese brachtenwerte Auslassung mit den Ausführungen eines dieser Tage in der „Bad. nat.-lib. Corr.“ erschienenen Artikels, der gegen ein in Heidelberg erscheinendes Blatt gerichtet war. Um Irrthümern vorzubeugen, bemerken wir, daß die „Heidelbergische Zeitung“ auf dem Boden der vortehend zum Ausdruck gebrachten Anschauungen der nationalliberalen Partei steht.

Der Graf de Tréveneuc, Abg. des Departements Côtes du Nord (Rechte), hat mit einer großen Anzahl seiner Kollegen eine Vorlage über die Organisation des Oberkommandos der französischen Armee in der französischen Kammer eingebracht. Es existirt hierüber bis jetzt kein Gesetz. Der Genannte schlägt vor, einen „Generalinspektor der Armee“ einzusetzen, der unter der Oberhoheit des Kriegsministers steht und von Ministern einzuziehen, bezüglich von seinen permanenten Funktionen wieder zu entscheiden wäre. Derselbe soll unter den Divisionsgeneralen auf Vorschlag des obersten Kriegsrats und des Ministers gewählt werden. Im Kriegsfall würde er den Titel „Chefkommandant“ erhalten und die Oberleitung über sämtliche Armeen und Operationen zu übernehmen haben. Unter ihm ständen eine Anzahl Inspektoren, die im Kriegsfall die Funktionen der Armeekommandanten erhielten. In Friedenszeiten hätte der Generalinspektor der Armee dieselbe auf den Krieg vorzubereiten, wobei ihm seine Unterinspektoren durch die Beaufsichtigung der Armeecorps und aller militärischen Einrichtungen behilflich sein sollen.

## Deutsches Reich.

Die „Nationalzeitung“ meldet: Während der Anwesenheit des Kaisers in Wien wird auch der Reichszanzler Fürst Hohenlohe sich dort aufhalten; er reist dorthin, um der Hochzeit seiner Nichte beizuwohnen.

## Ausland.

Schweiz. Die Kommission des Ständerates für das Eisenbahnerrechnungs-gesetz beschloß, in Abweichung von dem früheren Antrag des Ständerates, die Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates über die Ersetzung des konfessionsgemäßen Schiedsgerichts durch das Bundesgericht zu beantragen, hielt dagegen daran fest, daß der Erneuerungsfonds nicht auch für Hochbau und mechanische Stations-

einrichtungen anzulegen sei. Die Zustimmung des Ständerates zur Ersetzung des Schiedsgerichts durch das Bundesgericht ist fast sicher. Das Gesetz über die Errichtung einer Bundesbank wird erst in der Juni-Session der Bundesversammlung erledigt werden.

Österreich-Ungarn. Der ungarische Finanzauschuß nahm den Gesetzentwurf über die Errichtung von Denkmälern und 400 neuen Volksschulen anlässlich der Millenniumfeier an, mit der Modifikation, daß von den Gesamtkosten im Betrage von 4,850,000 Gulden für die zu errichtenden Volksschulen nicht, wie die Vorlage forderte, 118,000 Gulden, sondern 673,000 Gulden bewilligt werden. Der Ministerpräsident Baron Banffy erklärte, die Vorlage sei rein finanzieller Natur. Zur Bereinigung des Millenniums werde vom staatsrechtlichen Gesichtspunkte aus ein besonderer Gesetzentwurf eingebracht werden.

Italien. Nach vorausgegangenen Erklärungen des Ministerpräsidenten di Rudini und des Ministers des Aeußeren, Herzogs von Sermoneta, wurde am Mittwoch im Senat durch Aufflesien und Sitzbleiben einer von Ferraris und Vater Rostko vorgeschlagenen Tagesordnung, in welcher der Regierung das Vertrauen des Senates ausgesprochen wird, zugestimmt und sodann ohne Debatte die einzelnen Artikel des Gesetzes betr. den Kredit für Afrika und schließlich in geheimer Abstimmung mit 109 gegen 6 Stimmen das ganze Gesetz angenommen.

Frankreich. Bei der fortgesetzten Beratung der Einkommensteuer-vorlage bekämpfte Meline am Mittwoch die Regierungsvorlage, die den kleinen Ackerbauer und den städtischen Arbeiter mit Familie drücken würde, da die Einnahmen jedes einzelnen Familienmitgliedes hinzugerechnet werden würden, um den Betrag der Steuer festzustellen. Bei den Radikalen wurde Redner häufig unterbrochen und trotz der Intervention des Präsidenten genötigt, die Tribüne zeitweilig zu verlassen.

Im Prozeß Lebaudy wurde am Mittwoch das Urteil gesprochen. Ulrich de Giroz und de Gesti wurden zu je 13 Monaten Gefängnis und 500 Fr. Geldbuße verurteilt. Joseph de Giroz, St. Gère (Nofenthal), Chiarisolo, Desperriere, La Brugère wurden freigesprochen. — Im Prozeße gegen den ehemaligen Politagenten Dupas und den Advokaten Royde wurden beide Angeklagte freigesprochen.

England. Unter dem Vorsitze Goschen's fand am Dienstag ein Festessen der englischen ökonomischen Gesellschaft statt. Unter den Gästen befanden sich Prof. Brentano, der italienische Vorkämpfer General Ferrero und Leon Say. Goschen hob die Verdienste hervor, die Brentano und Say sich um die Nationalökonomie erworben haben und brachte die Gesundheit beider aus. Brentano sprach in seiner Antwort die Hoffnung aus, daß dieser Veranstaltung andere folgen werden, wenn nicht in England, dann in Deutschland, welches in der Weiterentwicklung der ökonomischen Wissenschaft voranzugehen beabsichtigt sei.

Am Mittwoch fand ein Ministerrat statt, an welchem der Oberbefehlshaber der Armee Viscount Wolsey und der Generaladjutant der Armee Sir J. B. Grenfell teilnahmen. Man nimmt an, daß über die Expedition nach Dongola beraten wurde.

Die Verhandlungen in dem Prozeße Jameson wurden bis zum 28. April vertagt.

Serbien. Der König wird sich nach den bisherigen Bestimmungen am 1. April infognito über Saloniki nach dem Aghos-Berge begeben, um in dem dortigen alten serbischen Kloster Hilindar eine Andacht zu verrichten. Die Abreise aus Saloniki erfolgt am 2. April abends. In Hilindar wird der König das Osterfest verbringen. Später erfolgt ein Besuch des russischen Klosters Pantaleimon und am 7. April die Abreise nach Athen, wo der König Aufenthalt nimmt und von wo aus er sich später über das Adriatische Meer nach Triest begeben wird. In Begleitung des Königs werden sich der Kriegsminister Franzosowitsch, sowie der Adjutant, Oberstleutnant Ghimitsch, und Hofmarschall Rasclitsch befinden.

Türkei. Wie das „Neuerliche Bureau“ aus Konstantinopel meldet, sind die Pforte und der Sultan dadurch unangenehm überrascht worden, daß man es unterlassen hat, die Türkei bezüglich der Expedition nach Dongola um Rat zu fragen. Auch gegen den Redebie macht sich eine erregte Stimmung bemerkbar, weil dieser die Pforte übersehen hat. Mulhtar Pascha ist getöbelt worden, daß er es nicht verstanden hat, die Expedition zu verhindern. Nach stattdesgaber Erwägung im Ministerrate hat die Pforte an Frankreich und England appelliert, durch ihre Intervention eine Klärung der Lage in Ägypten herbeizuführen. Die Pforte hat auch Deutschland um seine guten Dienste in dieser Angelegenheit gebeten und Instruktionen an Rasclitsch nach London geschickt bezüglich der Schritte, die er bei Salisbury zu unternehmen hat. Unterrichtete Kreise

Denn ich könnte mich dann wohl berechtigt fühlen, Ihnen einen Teil der Vorwürfe zurückzugeben, die Sie mir vor drei Tagen in sehr durchsichtiger Umschreibung machten.“

„Vorwürfe — Sie mir? Das könnte ja sehr belastend werden. Nur heraus damit, mein Herr! Sie finden mich heute vielleicht grade in der richtigen Stimmung.“

„Welche Bezeichnung hatten Sie doch für die Handlungsweise eines Mannes, der durch sein Verhalten den tadellosten Ruf des Fräulein Felicia Weiersdorf gefährdet oder den sonstigen Frieden Ihres Herzens zerstören könnte?“

Die Falten zwischen den Brauen des Malers vertieften sich noch drohender.

„Soll das auf mich gehen, Herr Doktor? Es wäre beinahe schon zu viel, um für einen schlechten Spaß zu passiren.“

„So nehmen Sie es ernsthaft, wie es gemeint ist. Die ehrliche Absicht, deren Sie mich verdächtigen, man könnte sie mit demselben — nein, mit ungleich größerem Rechte bei Ihnen vermuten, wenn es wirklich wahr ist, daß ich mich in der Natur Ihrer Empfindungen für die junge Dame getäuscht habe.“

„Herr, ich verstehe Sie nicht und ich bitte dringend, reden Sie endlich eine Sprache, die ich verstehen kann. Wenn Sie etwa gekommen sind, um unter irgend einem plumpen Vorwande Handel mit mir zu suchen —“

„Keineswegs — ich wollte vielmehr das Mißverständnis befeitigen, das Sie zu meinem Feinde gemacht hat, noch ehe Sie mich kennen.“

„Ich erinnere mich, daß Sie allerdings die Güte hatten, mir gewisse Mitteilungen über den Inhalt Ihres vertraulichen Gespräches mit meiner Waise in Aussicht zu stellen. Aber ich versichte auf diese Mitteilungen, Herr Doktor!“

„Das sollten Sie nicht thun, denn Sie würden sich damit, wie ich noch immer annehme, um eine große Freude bringen.“

„Gut denn, um wenigstens zu irgend einem Ende zu kommen — wovon haben Sie mit ihr gesprochen?“

„Von Ihnen, Herr Harde!“

(Fortf. 6)

versichern, das Vorgehen der Posten stütze sich auf Rückschlüsse Frankreichs und Russlands, welche durchblicken lassen, daß der gegenwärtige Augenblick für die Posten günstig wäre, um die ägyptische Frage aufzurollen; die beiden Mächte hätten ihre Unterstützung zugesagt.

**Alex.** Aus Jaffa, 7. März, wird uns geschrieben: Wie kürzlich durch lange 3 Wochen, so sind wir trotz schönster See wieder 14 Tage ohne jede Post aus Europa geblieben. Seitdem es gewissen Umständen gelang, dem ägyptischen „Abdowid“ die Post zu entziehen, der uns regelmäßig bediente, seit an dessen Stelle die österreichischen Schiffe die Post allein bringen sollen, krank das Postwesen zum Verderben von Handel und Verkehr. Ein unglücklicher Zufall, der aber nicht allein von den ganz zwecklosen weil unnötigen Quarantäneanordnungen der türkischen Behörden herrührt, sondern wesentlich von der Unordnung des Verkehrs der österreichischen Dampfschiffe und davon, daß dieselben die Post nicht im Verbindungsfall an andere Dampfer abgeben. Die ohnedies traurigen geschäftlichen Verhältnisse leiden natürlich schwer darunter. Hierzu kommen die nachgerade unerträglichen Zustände in Besangenenheiten. Der seinerseits von der Kaiserl. Postverwaltung zum Schutze deutscher Interessen hierher beorderte Delegierte Graf v. Malinowski reiste mit der Gewisheit nach Konstantinopel zurück, daß die angebotenen Verhältnisse entsprechend geregelt seien. Er hatte sich Mühe genug gegeben. Nach Aufhebung der auf Befehl des Sultans eingesetzten Kommission verlor die hiesige Konsulatsbehörde auf's Neue die Anerkennung ihrer Grundbuchbesitzer; sie strebt nach wie vor danach, den Privatbesitz der Deutschen an Land in Staatsland zu verwandeln, kurzum, sie läßt die Kommissionsbeschlüsse nicht gelten. Auf's Neue wird also der Kampf der Kolonisten um ihre Rechte begonnen, wenn nicht die Kaiserl. deutsche Regierung in Konstantinopel einen energischen Druck ausübt und der türkischen Regierung den Standpunkt klar macht. Schon lange warten wir auf die uns versprochenen, in Konstantinopel auszufertigenden neuen Verträge, und so sehr wir überzeugt sind, daß es zur Erledigung der Sache nur eines einmaligen kräftigen Vorgehens der Kaiserl. deutschen Postverwaltung bedarf, so müssen wir uns doch fragen, warum geschieht das nicht? Seit Jahren bleiben neue Kolonisten aus: ist es unter den obwaltenden Verhältnissen ein Wunder, wenn ein Deutscher um den andern wieder neugierig, wie es statthältig der Fall ist? — Eine angenehme Unterbrechung unseres tagelangen Lebens brachte uns das Erscheinen des herrlichen Dampfers „Fürst Bismarck“, der heute mit ca. 240 Amerikanern und ca. 60 Deutschen unsere Abreise wieder verlassen wird. Gestern war Konstantinopel im Garten des neuen „Hotel du Parc“ durch die vorzügliche Schiffskapelle. Vorher brachte sie unserem beliebten Konsul, Herrn Schmidt, ein Ständchen. Die Mehrzahl der Passagiere besuchte Jerusalem, wohl auch einige das Jordanthal. Das das schöne Schiff vorher, weil von Ägypten kommend, eine ständige Quarantäne in Beirut abhalten mußte, gehört zu den unbegreiflichen, unser Land schwer belästigenden Maßnahmen. Die ägyptischen Städte sind voller Fremden, trotz angeleglicher Cholera, und hierher würden die meisten kommen, wenn eben kein Kiesel vorgegeben wäre!

### Aus dem Großherzogtum.

Bei den zur Zeit im Großherzogtum bestehenden Geweregerichten wurden im Laufe des vergangenen Jahres 1688 Rechtsstreitigkeiten anhängig, und zwar beim Gewerbegericht Karlsruhe 648, Mannheim 243, Heidelberg 213, Pforzheim 203, Freiburg 185, Offenburg 42, Durlach 29, Lahr 25. Es handelte sich in sämtlichen Fällen um Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgeber. Das Gewerbegericht Offenburg hat seine Tätigkeit am 1. Februar v. J. begonnen. Erledigt wurden im vergangenen Jahr insgesamt 1433 Rechtsstreitigkeiten, und zwar durch Vergleich 471, durch Urtheil im Sinne des § 277 C.P.D. 7, durch Verfallsurtheil 110, durch andere Endurtheile 493. Nur gegen 3 Endurtheile der Gewerbegerichte wurde Berufung eingelegt. Eine Tätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsstellen (§ 61 f. des Gesetzes vom 29. Juli 1890) oder als bezugnehmende Stellen (§ 70 eodem) ist im Jahre 1895 nicht vorgekommen.

Die „Wormser Zeitung“ schreibt: Am 24. wurde im Rhein, in der Nähe der Maulbeeraue, eine Leiche an das Land getrieben und von einem Wormsener Einwohner entbaldet. Man vermutet in dem Toten den am 9. März bei dem durch das Hochwasser erfolgten Brückeneinsturz in Freiburg verunglückten Geh. Oberregierungsrat Landeskommissar Siegel, für dessen Auffindung und Vergeltung eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt ist.

**Wörth.** A. Eitlingen, 26. März. Gestern Abend um 6 1/2 Uhr brante die Scheuer des Militärvereinsvorstandes A. Rehm bis auf den Grund nieder; auch das Wohnhaus wurde stark beschädigt. Der Genannte war z. B. des Brandes nicht zu Hause, sondern mit verschiedenen Mitgliedern des Militärvereins nach Karlsruhe gegangen, um eine Vereinsfahne zu kaufen. Abends um 9 Uhr erfuhr der Beschädigte erst in Grünwinkel, welches Unglück ihn betroffen. Versichert ist leider, weil z. B. die Frau ihr Velo gegen die Versicherung einlegte, nicht.

**Neckarbischofsheim.** 24. März. Von dem kürzlich gegangenen Sparkassenrechner Konrad von Waldstadt heißt es jetzt immer noch jede Spur. Dagegen bringt die fortsetzende Revision täglich neue Unterschleife zu Tage, welche bis jetzt ca. 20,000 M. erreichen. Die der bürgenden Stadtgemeinde zur Verfügung stehende Kautions des Rechner beträgt nur 10,000 M., ebensoviel ungefähr soll der Rechner selbst enthalten. Man ist auf die weitere Entwicklung der Sache gespannt, umsonst, als die Stellung der Verwaltung zu jenen Gläubigern der Kasse, welche den Empfang ihrer Einzahlungen nur von Konrad allein quittiert haben und deren Beträge nicht gebucht sind, zweifelhaft ist. Rechtsgültig ist die Unterschrift der Sparkasse nach den Veröffentlichungen aus dem Handelsregister nur dann, wenn 2 Mitglieder des Vorstandes unterzeichnen. Dies ist jedoch von vielen Einlegern nicht beachtet worden, allerdings ist auch seitens der Verwaltung nichts gegen den genannten Gebrauch eingewendet worden und namentlich scheint die Revision nicht auf diese Art des Betriebes aufmerksam geworden zu sein. Vielfach ist auch das große Vertrauen, das man zu Konrad setzte, die Ursache gewesen, daß man die Einholung der Unterschrift des Rechner nicht auf dem Geschäftszimmer anwesenden Kontrollreurs unterließ. (Erdelb. Blg.)

Dem „Oberh. Anz.“ zufolge ist auch für dieses Jahr auf den 1. April von Blauen Freunden ein Bismarck-Bankett auf dieses schönen Berges geplant.

**Willingen.** 25. März. Durch den mittags 12 1/4 Uhr von Triberg eintreffenden Personenzug wurde heute auf hiesigem Bahnhof der Postunterbeamte Reibholz überfahren, da er mit seinem Wagen nicht mehr rasch genug über das Gleise kommen konnte. Er erlag alsbald seinen schweren Verletzungen. Der Wagen wurde in viele Stücke zersplittert, während der Inhalt der Packete weit umher geschleudert wurde. Reibholz war erst seit einigen Wochen hier und erwartete in den nächsten Tagen die Ueberführung seiner Familie hierher.

**Stodach.** 24. März. Gestern Abend ereignete sich in Schwandorf ein bedauerlich Unglücksfall. Der 18 Jahre alte Heinrich Pöppler von Boll, A. Reibholz, Sohn des Viehhändlers Anton Pöppler, wurde von einem Pferde, das mit beiden Beinen aufschlag, so unglücklich auf den Kopf getroffen, daß der Tod sofort eintrat.

**Aus dem Owingen Thal.** 24. März. Aus der Kirche in Winter spürten wurden 2 Rosenkränze, die an einem Heiligenbilde hingen, entwendet. Der eine ist von Silber, der andere versilbert. Wer den Diebstahl verübt hat, ist unbekannt.

### Aus der Residenz.

Karlsruhe, 26. März.

S. R. G. der Großherzog nahm am Mittwoch den Vortrag des Geh. Rats Eisenlocher, Präsidenten des Ministeriums des Innern, entgegen und erteilte den nachgenannten Personen Audienz:

dem Direktor der Universität Freiburg, Prof. Dr. Krieg, dem Direktor der Höheren Mädchenschule Prof. Dr. Lohlein in Karlsruhe, dem Geh. Oberregierungsrat Dr. Dyblich in Baden, dem großh. Kammerherrn und Landgerichtsrat Dr. v. Stodhorne in Freiburg, dem Hofrat Prof. Dr. Friedrich Meyer an der Universität Heidelberg, dem Betriebsinspektor Welsch in Oberbach, den Professoren Dr. Rudolf Bauer und Karl Bauer, beide in Freiburg, dem Notar E. Meyer in Baden, dem Finanzassessor Fuchs in Mannheim und dem Bahnverwalter Brall in Karlsruhe. Nachmittags hörte S. R. G. die Vorträge des Geh. Rats v. Regenauer, des Legationsrats Dr. Frey, v. Babo und des Legationssekretärs Dr. Seyb.

S. G. G. die Fürstin zur Lippe ist gestern Abend 8 Uhr 10 Min. von Straßburg hierher zurückgekehrt. — S. G. Prinz Hermann von Sachsen-Weimar ist gestern Abend 8 Uhr 10 Min. von Baden nach Stuttgart hier durchgereist. — S. G. der Prinz von Wittgenstein ist gestern Nachmittag 1 Uhr 32 Min. von Baden hier angekommen.

**Karlsruhe.** 26. März. In der heutigen Kammer Sitzung brachte Minister v. Trauer den Gesetzentwurf betr. Bau einer schmalspurigen Lokalbahn Karlsruhe-Eitlingen-Pforzheim und Karlsruhe-Eitlingen-Herrenau ein. Die Bahn wird 57 km lang. Der Staatszuschuß beträgt 18,000 M. für den Kilometer, im ganzen 960,000 M.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe in Karlsruhe** hielt gestern Abend im Saale III der Brauerei Schreyer seine Generalversammlung ab. Dieselbe wurde von Herrn Kommerzienrat Schneider als Präsident des Vereins eröffnet, worauf Herr Handelskammersekretär Dr. Planer eine Uebersicht über die Vereinthätigkeit des letzten Jahres gab. Hierauf folgte die Verlesung des Rechnungsabberichts seitens des Kassiers, Herrn Krug. Die Rechnung ist geprüft worden von den Herren Jul. Hoek und Bernd. Fuchs und war richtig befunden. Dem Redner wurde Decharge erteilt. Herr Kommerzienrat Schneider hielt sodann einen Vortrag über das Thema: „Können die in den letzten Jahren auf agrarischer Seite hervorgetretenen Bestrebungen, der Landwirtschaft durch Einengung der freien Bewegung von Handel und Industrie zu helfen, dem Bauernstande wirklich Nutzen bringen?“ Redner führte aus: Als vor 25 Jahren der erste Reichstag gewählt wurde, hätten Handel und Industrie ihre Vertreter in das Parlament gesandt. Heute ist dies anders. Die großen Städte sind der Sozialdemokratie ausgeliefert und in den ländlichen Kreisen macht sich die Agitation des Bundes der Landwirte in einer Art und Weise geltend, wie es bisher noch von keiner Partei wahrgenommen wurde. Der heutige Reichstag stellt sich als die reinste Interessensvertretung dar. Herr Kommerzienrat Schneider verbreitete sich Johann in eingehender Weise über den Antrag Krug und legte dar, daß derselbe undurchführbar sei, ja daß der größte Teil des deutschen Volkes darunter leiden müßte. Das beweise am besten die Abstimmung im Reichstage, welcher den Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt hat. Auch die Bestrebungen der Dimeallisten unterzog der Redner einer scharfen Kritik und sprach die Erwartung aus, daß man endlich aufhören werde, auf Seiten der Agrarier die Doppelwährung als ein Allheilmittel für die Landwirtschaft hinzustellen. Weiter charakterisierte der Redner neben diesen Hauptmitteln auch die kleineren Mittel der Agrarier, durch welche der Landwirtschaft aufgeholfen werden soll. Da ist z. B. das Margarinegesetz, dessen Annahme unsern Landwirten nicht helfen würde, welches aber im Gefolge hätte, daß die Konsumenten ein schlechtes Produkt genießen müßten, da es die Fabrikanten dazu veranlassen würde, statt einem guten und recht schlechten Produkt herzustellen. Weiter sei zu erwähnen in der Vorbereitung begriffene Gesetzentwürfe über den Handel mit Kraft- und Futtermitteln und mit Saatgut. Hier wies der Redner in schlagenden Beispielen nach, daß nach Inkrafttreten dieses Gesetzentwurfes ein Handel mit denartigen Produkten überhaupt nicht mehr möglich wäre, ohne sich Denunziationen an die Staatsanwaltschaft auszuliefern. Redner teilte einige Beispiele mit, wonach sich die Gutachten von Sachverständigen über die Reinkraft von Saatgut und über den Nährwert von Kraft- und Futtermitteln in der unangenehmsten Weise widersprechen; während der eine Sachverständige die Ware für nichttauglich und nur mit äußerster Vorsicht verwendbar erklärt, rühmt der andere sie als tauglich. Der Kaufmann, der Saatgut oder Futtermittel verkauft, würde bei solchen Gutachten stets in Gefahr stehen, wegen Minderwertigkeit seiner Ware bestraft zu werden. Auch das Borsteingesetz gehöre in die Kategorie dieser kleinlichen Mittel. Dieses Gesetz stellt sich als ein Mißtrauensvotum gegen diejenige Leute dar, die ihre legitimen Geschäfte an der Börse abwickeln. Jeder ehrliche Mensch verwerfe das Börsenspiel, aber die Spiele seien eben gesetzlich nicht zu fassen, ohne daß das legitime und notwendige Geschäft zugleich mitbetroffen werde. Dies seien die Mittel, mit denen dem Bauernstand aufgeholfen werden solle. Man wird damit aber niemals infolge sein, unsern Landwirten Schutz zu gewähren. Wolle man hier Besserung schaffen, so möge man darauf hinwirken, daß dieselben in den Kreisläufen der Industrie nicht den Gegner, sondern den jederzeit wohlwollenden Freund gegen die. Herr Direktor Sinner, welcher sich mit den Ausführungen des Vortrageders in fast allen Punkten einverstanden erklärte, möchte doch darauf hinweisen, daß unsere Landwirte in mancher Hinsicht mit ihren Klagen nicht im Unrecht seien. Eine Agitation wie diejenige des Bundes der Landwirte sei allerdings nicht gut zu heißen, aber man möge nicht vergessen, daß wir in einer Uebergangsperiode begriffen sind und daß es unsere Pflicht ist, dieselbe einigermassen erträglich zu machen. Man möge doch endlich einmal aufhören, von dem Branntweinsteuerertrag des Jahres 1887 als von einer „Liebesgabe“ zu sprechen, dieses Gesetz sei im Interesse unserer landwirtschaftlichen Brenner notwendig gewesen und gerade dem Mittelstand zu gute gekommen. Dasselbe gelte auch von dem Zuckersteuergesetz. Redner ist der Ansicht, daß man die extremen Anforderungen der Gegner wohl zurückweisen darf, aber nicht desto weniger die berechtigten Anforderungen der Bauern unterstützen müsse, da nur auf diese Weise ein gedeihliches Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Faktoren möglich ist. Nachdem noch Herr Kommerzienrat Schneider auf die Ausführungen des Herrn Direktor Sinner erwidert, wurde die Versammlung von demselben geschlossen mit dem Wunsch, daß sich die Verhältnisse so gestalten möchten, daß das deutsche Volk nach Umschuß von abnorm 25 Jahren seit Gründung des Reiches mit Freude auf das Werk der Einigung zurückblicken könne, mit demjenigen Freude, welche nicht wie heute getrübt sei durch den erbitterten Kampf der einzelnen Stände und Interessen.

**Rede des Abg. Külle in der 63. Sitzung der 2. badischen Kammer am 16. März 1896.**

Hochgeehrte Herren!

Gegen die Ausführungen, welche ich in vorletzter Sitzung über die Börse und das Termingeschäft gemacht habe, sind von verschiedenen Seiten Einwendungen erhoben worden, welche ich nach meiner Erfahrung in Börsen-Angelegenheiten — und nach 25jähriger Tätigkeit im Bankgeschäft glaube ich mit einiger Erfahrung zuschreiben zu dürfen — nicht als zureichend anerkennen kann. Es war ursprünglich meine Absicht, auf die verschiedenen Einwendungen im einzelnen einzugehen. Bei der außerordentlichen Ausdehnung, welche die Debatte bereits angenommen hat, glaube ich aber, mit den Dank des Hauses zu erwerben, wenn ich hierauf verzichte und mich darauf beschränke, einigen Behauptungen, welche Herr v. Stodhorne vorhin aufgestellt hat, kurz entgegenzutreten und dann zu dem Hauptpunkte, in welchem sich verschiedene Redner übereinstimmend gegen mich gewandt haben, überzugehen.

Herr v. Stodhorne hat zunächst wieder eine Scheidung zwischen Kaufmannsstand und Börse zu errichten gesucht, indem er wiederholte, daß niemand dem Kaufmannsstand zu nahe treten wolle, sondern daß man nur die Börse und deren Treiben betrafte. Ich habe das letztemal bereits gesagt und wiederhole hiermit, daß eine derartige Unterscheidung zwischen Kaufmannsstand und Börse unzulässig ist, weil beide vielfach in einander übergehen und weil bei der Art und Weise, wie alle Geschäfte an den großen Märkten, d. h. an den Börsen abgeschlossen werden, die Rücksicht auf den Großkaufmann, mit der Börse in so engen Beziehungen stehen, daß sie von derselben nicht zu trennen sind. Man kann also nicht den einen Stand verunglimpfen, ohne dadurch zugleich dem andern zu nahe zu treten.

Herr v. Stodhorne hat sodann gesagt, daß dem deutschen Publikum im letzten 10 Jahren ca. 1200 Millionen Mark Nominalwert fauler ausländischer Staatsanleihen wie Portugieser, Griechen, Argentinier, Brasilianer, Mexikaner u. s. w. aufgeschwemmt worden seien und daß das Publikum hieran die Hälfte verloren habe. Hier muß ich mich zunächst gegen den Ausdruck „aufgeschwemmt“ wenden. Es mag sein, daß in einzelnen Wirtelschäften, welche zu den auch von mir angeführten Auswüchsen zählen, dem Publikum Papiere aufgeschwemmt worden. In den soliden Geschäften, d. h. in der weitest ausgedehnten Menge ist aber das Aufschwemmen irgend eines Papiers nicht gebräuchlich und ich muß den Ausdruck, in dieser Allgemeinheit gebraucht, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Im übrigen sind die Angaben des Herrn v. Stodhorne teils unrichtig, teils übertrieben. Es mag stimmen, daß in den letzten 10 Jahren ca. 1200 Millionen Mark „fauler“ ausländischer Staatspapiere an den europäischen Markt gebracht worden sind. Diese Papiere wurden aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, England und anderen Ländern eingeführt und auf dem dortigen Markt zum Verkauf gebracht. Demnach ist es anzunehmen, daß das deutsche Publikum auf dem Weltmarkt und gekommenen Bruchteil die ganze Differenz zwischen den Einführungs- und den höchsten und den heutigen Kursen verloren habe. Nicht alle Leute haben die Papiere zu den höchsten Kursen gekauft; teilweise sind dieselben auch zu niedrigeren Kursen als den heutigen gekauft worden; so daß auch Geld mit diesen Papieren gewonnen wird, und zum Teil haben dieselben, wie z. B. Mexikaner, den höchsten Stand wieder erreicht, den sie jemals innegehabt haben. Wenn aber Herr v. Stodhorne über die Vorgänge an den deutschen Börsen in fremden Staatsanleihen so genau unterrichtet ist, warum hat er dann kein Wort von denjenigen gesagt, an welchen das deutsche Publikum viel Geld gewonnen hat, wie z. B. amerikanische Staatsanleihen, Ägypter, ungar. Schatzbons, ungar. Goldrente, österreichische Goldrente, russische Staatsanleihen u. s. w.? Die „Frankf. Blg.“, mit der ich politisch gar nicht übereinstimme, welche aber in geschäftlichen Dingen, wie allgemein anerkannt wird, ein vorzügliches Blatt ist, hat in solchen Dingen mehr Erfahrung und Sachkenntnis besitzt, als Herr v. Stodhorne, und dem vor allem Dingen eine Reichhaltigkeit des Materials zu Gebote steht, wie Herr v. Stodhorne es sich niemals auch nur annähernd verschaffen könnte, hat vor kurzem eine Zusammenstellung gebracht, aus welcher ersichtlich war, daß das deutsche Publikum an ausländischen Werten im großen und ganzen mehr Geld gewonnen als verloren hat. — Aber wenn dies auch nicht so wäre, was dann? Es handelt sich bei der Anlage in Wertpapieren doch nicht um unbillige Kinder, sondern um erwachsene Leute, die wissen müssen, was sie thun. Es kann niemand zum Kauf eines Papiers gezwungen werden, das ihn nicht konvertiert, und wer höhere Zinsen genießen will, als die laienmässigen, muß eben wissen, daß er dabei auch ein entsprechendes Risiko mit in den Kauf zu nehmen hat.

Herr v. Stodhorne hat sodann gesagt, daß die deutsche Presse künstlich sei und im Solde der Börse stehe. Es mag sein, daß auch hier einzelne Auswüchse vorkommen; im großen und ganzen aber ist unsere deutsche Presse eine anständige und unabhängige; ich weise auch diesen Vorwurf des Herrn v. Stodhorne als unbegründet zurück; eine etwa nötig erscheinende schärfere Zurückweisung muß ich den Interessenten selbst überlassen.

Herr v. Stodhorne hat schließlich über die Terminbörse mit Herrn Kieser behauptet, daß im Termingeschäft nicht wirkliches Angebot und wirkliche Nachfrage sondern Schein-Angebot und Schein-Nachfrage die Preise bestimmen. Ich muß gestehen, daß ich längere Zeit vergeblich darüber nachgedacht habe, was die Herren unter diesem Schein-Angebot verstehen. Ich habe mit dem Herrn Kieser erörtert, daß damit das Termingeschäft gemeint ist, und werde nachher darauf zurückkommen.

Ich komme nunmehr zu dem Hauptpunkte, nämlich darauf, daß verschiedene Herren mir gegenüber geltend gemacht haben, daß man nicht das solide Termingeschäft, sondern nur das Differenzgeschäft als solches befeitigen wolle. Ich habe das letztemal bereits gesagt, daß ich hiermit vollständig einverstanden sei und eine derartige Maßregel mit Freuden begrüßen würde, wenn die Herren nur die Güte haben wollten, zu sagen, wie dies möglich sei. Leider aber haben sämtliche Redner, welche sich gegen mich wandten, auch Herr Kopf, welcher scheinbar beipflichtet und wie ich gemacht werden sollte. Ich habe das letztemal bereits ausgeführt und wie ich glaube jedoch nachgewiesen, daß das solide Termingeschäft und das Differenzgeschäft in dem einzigen Momente, in welchem dieses gesagt werden könnte, nämlich im Momente des Abschlusses absolut nicht von einander zu unterscheiden sind. Die Herren haben mich aber, nicht es scheint, nicht gehört oder nicht hören wollen und ich muß deshalb noch einmal kurz darauf zurückkommen. Das Termingeschäft, soweit es mit der Börse in Verbindung kommt, ist nur dieses kann uns interessieren — die anderen Arten des Termingeschäfts, welche z. B. in der Form einer Bette oder der Kautionsverträge zwischen einem bestimmten Tage und einem anderen späteren Tage zwischen gemacht werden, können mit der Börse in gar keine Verbindung — kann absolut nicht anders abgeschlossen werden als in der Weise, daß an der Börse ein effektiver Kauf und Verkauf vorgenommen wird. Ich will dies an einem Beispiel erläutern, das ich als allgemeines Beispiel wählen möchte, nämlich ein solches soße und will ebenfalls das allgemeine Beschäftigungswesen damit an der Produktbörse bleiben. Wenn z. B. jemand heute der Ansicht ist, daß Weizen im Preise steigen werde und bei sich die Ansicht hat, ein Termingeschäft in Weizen à la hausse zu machen, so kann er, wenn er z. B. in Karlsruhe wohnt, dies gar nicht anders bewerkstelligen, als daß er zu dem Karlsruher Weizenhandlungsgesellschaft, mit dem er in Verbindung steht, einen Auftrag gibt, gegen ein solches 1000 Saad Weizen per ultimo April für ihn kaufen. Dabei wird er sich wohl hüten zu sagen, daß er es nur auf ein Termingeschäft abgesehen hat. Der Karlsruher Weizenhandlungsgesellschaft wird sich seinen Auftraggeber ansehen und wenn dessen Veranlassungsbefehle derartige sind, daß der Auftrag ihm nicht abwendig erscheint, denselben entgegenzunehmen. Er kann ihn aber dann auch noch nicht direkt an die Börse geben, sondern er muß ihn den bestehenden Gebräuchen gemäß einem auswärtigen, beispielsweise Berliner Firma übertragen, welche ihn dann einem Makler an der Börse zur Ausführung überlegt. Nun möge mit dem einmala jemand sagen, wie man einen solchen Auftrag, der bis er an die Börse gelangt, durch 3 oder 4 Hände gegangen ist, an der Börse von einem solchen Termin-Auftrag unterscheiden soll. Es ist dies absolut unmöglich. Die Sache wird sich dann weiter so abspielen, daß der Auftraggeber abwartet, ob die Weizenpreise steigen, um sein Weizen mit Nutzen abzuverkaufen können. Wie wollen der Geschäftliche halber annehmen, daß die Preise bis zur zweiten Hälfte April ziemlich unverändert bleiben und sich dann erst nach der ersten Hälfte April ziemlich übermäßig erhöhen. Dann wird der Auftraggeber kurz vor dem Schlusse d. h. kurz vor ultimo April zu seinem Vertrauensmann gehen und das Weizen durch abzuverkaufen, daß er die gefassten 1000 Saad Weizen per ultimo April wieder verkaufen läßt und die sich ergebende Differenz entweder eintrifft oder herausbezahlt. Seitens des Auftraggebers persönlich ist dann allerdings ein Termingeschäft gemacht worden, an der Börse selbst sind aber zwei effektive Käufe und zwei effektive Verkäufe ausgeführt worden, welche sich in ihrer Wirkung auf die Preisbildung annähernd ausgleichen müßten und als Termingeschäfte nicht zu erkennen wären.

Nun gebe ich gerne zu, daß das Termingeschäft an sich nicht wünschenswert, daß es sogar moralisch verwerflich ist und daß es an der Produktbörse unter Umständen für die Landwirtschaft schädlich sein kann. Deshalb haben sich auch seit Jahr und Tag die Sachverständigen und die hervorragendsten Kenner der Börsenverhältnisse den Kopf zerbrochen, wie man das Termingeschäft befeitigen könne, ohne damit das solide Termingeschäft zu treffen. Sie haben aber keine Lösung gefunden. Die Enquete-Kommission für das Weizengesetz, in welcher eine Reihe hervorragender Sachverständiger vertreten war und welche überdies Sachverständige aller Geschäftszweige aus ganz Deutschland vernommen hat, hat in etwa 1-jähriger angestrengter Tätigkeit, deren Resultate in vielen Bänden veröffentlicht wurden, diesen Gegenstand gründlich behandelt und ist schließlich zu dem Ergebnis gelangt, daß eine Unterscheidung zwischen dem Termingeschäft und dem soliden Termingeschäft nicht möglich sei, bzw. daß das Termingeschäft nur dann zu befeitigen sei, wenn man das Termingeschäft überhaupt verbiete. Sie hat aber von einer derartigen Maßnahme abgesehen in der richtigen Erkenntnis, daß man durch das Verbot des Termingeschäfts mehr Schaden als Nutzen anrichten würde.

Nur der Börsenkommission hat das Weizengesetz war es vorbehalten, sich über alle diese Bedenken freilich, freilich und frei hinanzusetzen und in wenigen Wochen Dinge zu erledigen, die der Kommission hätten. Man sollte daher meinen, es ist dies deshalb möglich gewesen, weil in der Börsenkommission die Sachverständigen in noch größerer Zahl vertreten gewesen seien, als in der Enquete-Kommission. Gerade das Gegenteil ist der Fall! Die Sachverständigen waren in der Börsenkommission in der verschwindenden Minderzahl, ihre Vorschläge und Warnungen wurden in den Wind geschlagen und die Kommission ließ, wie dies bei ihrer Zusammensetzung natürlich war, der Aufsicht der Börse einmal etwas an Setze zu finden, frei die Hände schlagend.

Da möchte ich denn doch fragen, was die Herren Vertreter der Landwirtschaft dazu sagen würden, wenn es sich beispielsweise darum handelte, gesetzliche Bestimmungen zu treffen über den Betrieb der Landwirtschaft, über die Art und Weise, wie die landwirtschaftlichen Produkte auf den Markt gebracht und dort verkauft werden dürfen u. dergl., wenn zur Beratung und Beschließung über diese Bestimmungen eine Kommission gebildet würde, welche zu 1/2 aus Börsenleuten oder anderen Elementen bestünde, die von der Landwirtschaft keine Ahnung haben und wenn der Vorsitz in dieser Kommission, wie es bei der Börsenkommission der Fall war, einem General übertragen würde! Ich bin fest überzeugt, die Herren würden sagen, eine derartige Kommission hat gar kein Recht, über unsere Verhältnisse zu bestimmen, wenn



